

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Haushaltsrede 2010

Vorgetragen durch

**Klaus Maier
Fraktionsvorsitzender**

24. November 2009

Es gilt das gesprochene Wort!



**Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Herr Hubel legte kürzlich seinen letzten Haushaltsplan vor. Nach der gründlichen Analyse reihe ich ihn bei den guten Jahren ein. Eine starke Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Jahr 2008 spült wieder viel Geld in die Kassen des Ostalbkreises. 10 Jahre hat nun der Kreis auf sehr hohem finanziellem Niveau gelebt. Zuerst durch die Veräußerung der EnBW-Aktien und dann durch eine konjunkturelle Belebung mit Kreisumlagen, die sprunghaft angestiegen sind.

HAUSHALTSPLAN 2010

Wir wünschen unserem neuen Kämmerer Herr Kurz ebenfalls viele gute Jahre. Vermutlich wird es aber nächstes und übernächstes Jahr bei diesem Wunsch bleiben. So stark der Anstieg der Steuerkraftsumme 2008 war, so tief fällt er im Jahr 2009 mit erheblichen Problemen für den Landkreis im Jahr 2011. Die Lösung für den Kreiskämmerer ist dabei einfach. Man steigert die Kreisumlage auf Rekordhöhe und droht schon mal mit schwindelerregenden Umlagesätzen für den Finanzplanungszeitraum.

Wir Kreisräte fordern dieses Jahr trotz Rekordeinnahmen an Kreisumlage nur eine minimale Senkung des Hebesatzes um 0,5 %. Das ist mit Blick auf 2011 vernünftig. Wir bitten Sie Herr Kurz und Sie Herr Landrat, seien Sie auch vernünftig und kommen Sie nächstes Jahr mit einem akzeptablen Kreisumlagesatz.

Eine Zustimmung zum Haushaltsplan 2010 beinhaltet nicht die in der Finanzplanung angekündigten Kreisumlagehebesätze.

STEUERSENKUNG DER NEUEN BUNDESREGIERUNG

Was haben wir dazu von der neuen Bundesregierung zu erwarten? Die Antwort „Steuersenkungen“. Steuersenkungen mit gravierenden Auswirkungen auf die Finanzen der Länder und der Kommunen. Mittelfristig ist sogar wieder von der Abschaffung der Gewerbesteuer die Rede. Wie sieht die Gegenfinanzierung aus? Fehlanzeige.

„Unseriös“ ist dazu noch einer der freundlichsten Kommentare im Jahresgutachten der fünf Wirtschaftsweisen.

Von den Folgen des Konjunkturinbruchs und den Steuersenkungen auf Bundesebene sind auch die Länder stark betroffen. Diese Einnahmeausfälle führen zu Rekordverschuldungen.

Die Länder werden ihre Belastungen indirekt an die Kommunen weitergeben und so die kritische Finanzlage verschärfen.

DAS KONEXITÄTSPRINZIP – WER BESTELLT BEZAHLT

Herr Hubel, Sie haben es angesprochen, das Konexitätsprinzip. Sie befürchten zu Recht, dass trotz gegenteiliger Versicherungen weitere Lasten von oben nach unten verschoben werden. Die Beispiele haben Sie genannt: Die Anpassungsformel für die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen von Hartz IV. Der Finanzausgleich auf Landesebene, Schulsozialarbeit und die ärgerliche Deckelung bei der Schülerbeförderung.

Ein ganz besonderes Thema ist die Grundsicherung. Eine Strukturreform der Jobcenter unterbleibt nach dem neuen Koalitionsvertrag. Die Optionskommunen werden nicht erweitert. Die Aufgabenwahrnehmung zwischen Kommunen und der Agentur für Arbeit soll getrennt erfolgen. Das Ziel der Reformen „Hilfe aus einer Hand“ wird aufgegeben.

Was passiert jetzt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abo? Sie arbeiten sehr gut. Wir meinen, die Zusammenarbeit in dieser Organisationsform zwischen Landkreis und Agentur für Arbeit hat sich bewährt. Eine Zerschlagung der Abo betrachten wir als eine größere Katastrophe im Bereich der Sozialpolitik.

Diese Problematik in der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Land und Landkreisen kennen wir und beklagen sie seit Jahr und Tag. Dabei wird sich nichts ändern. Die ganze Familie ist schwarz. Die Kreise, die Landräte erst recht, die Regierung auch. Wenn ein Minister kommt werden Dankadressen ausgetauscht. Den Landkreisen fehlt die Kraft, der Durchsetzungswillen und die Durchsetzungsfähigkeit, politisch Paroli zu bieten.

SCHWERPUNKTTHEMA GESUNDHEITSWESEN

Unsere drei Kreiskrankenhäuser befinden sich kurz vor Abschluss eines riesigen Investitionsprogramms in einem ausgezeichneten baulichen Zustand. Erst kürzlich konnten wir die sehr ansprechenden Gebäude der Stauferklinik einweihen. Der Baubeginn der Frauenklinik in Aalen als Abschluss der Rundumerneuerung des Ostalbklinikums ist im Haushaltsplan 2010 dokumentiert. Wir stehen zu dieser 16-Mio. €-Investition. Genauso zu den restlichen Bauabschnitten in Ellwangen.

Die SPD-Fraktion steht damit zur dezentralen Struktur unserer drei Kreiskrankenhäuser. Wir meinen, dass bei fortschreitendem demografischem Wandel, mit mehr älteren Mitbürgern, diese Struktur ihre Berechtigung hat.

Wir sollten allerdings in den kommenden Diskussionen darauf achten, dass wir uns nicht verzetteln. Eine Grundversorgung bei den drei Kreiskrankenhäusern ist unabdingbar. Aber nicht jedes Kreiskrankenhaus muss jede Disziplin vorhalten. Wir verweisen auf die Beratungen am Ebnisee. Dort wurde eine Spezialisierung pro Haus angedacht. Dass dies gelingt zeigt die Virngrundklinik. Diese Idee muss konsequent umgesetzt und darf nicht verwässert werden.

Für noch wichtiger halten wir eine gute personelle Ausstattung der Krankenhäuser. Man hört über die Leistungen der Ärzteschaft viel Positives. Ebenso wichtig sind die fürsorgliche Pflege und gute Betreuung der Patienten durch das Pflegepersonal. Ein guter Service von motivierten Mitarbeiter/innen rundet den Aufenthalt im Krankenhaus ab. Das scheint ein Schwachpunkt zu sein. Ich verweise dazu auf das Schreiben des Personalrats. Wir Sozialdemokraten sagen noch einmal deutlich: Die Umgehung von Tarifverträgen und Lohndrückerei durch Servicegesellschaften ist der falsche Weg.

Große Sorge bereitet allen Verantwortlichen die Entwicklung der Defizite. Die Aussagen in den Vorberichten zu den Erfolgsplänen der Krankenhäuser und unsere Verlustbilanz sind besorgniserregend. Viele Faktoren hat die Politik zu verantworten. Auch die Integration des Margaritenhospitals in die Stauferklinik ging nicht ohne Verlust. Diese Last wurde 2009 geschultert. Wir geben der Stauferklinik die faire Chance, im Jahr 2010 zu zeigen, dass nach Ende der Umstrukturierung weniger Verluste anfallen. Darüber hinaus müssen wir die Verluste der einzelnen Kliniken analysieren. Bei welchen Disziplinen fallen sie an? Mit welchen Maßnahmen können wir gegensteuern?

Erst am Ende dieser Überlegungen müssen wir uns mit der künftigen Krankenhausstruktur unter dem Dach des Ostalbkreises – wir schließen eine Privatisierung aus – befassen.

HAUS DER GESUNDHEIT

Das Margaritenhospital bekommt einen schönen neuen Namen: Haus der Gesundheit Margaritenheim. Der Kreistag hat grünes Licht für die neue Nutzung dieses für Schwäbisch Gmünd wichtigen Hauses gegeben und will damit im Bereich des Gesundheitswesens einen Mehrwert für Schwäbisch Gmünd schaffen. Wir unterstützen dieses Anliegen. Allerdings Herr Landrat, eine Rechnung ist noch offen: Seit Jahren fordern wir eine Aufstellung, welche Kosten in Sachen Margaritenheim seit 1999 angefallen sind. Wir verlangen von der Kämmererei keine komplizierte Zinseszinsrückrechnung oder ähnliches, sondern eine einfache Auf-

stellung der Einnahmen und Ausgaben, damit der Bürger sieht, wie mit den Steuergeldern umgegangen wird. Wir stellen zum wiederholten Mal den entsprechenden Antrag.

WALDKRANKENHAUS DALKINGEN

In der Haushaltsrede Herr Landrat plädieren Sie für die Schließung des Waldkrankenhauses Dalkingen. Bei nüchterner Betrachtung wird es sicherlich sehr schwer sein, dem zu widersprechen. Wenn die Heimaufsicht ein strenges Auge auf dieses Haus wirft, wird es keinen weiteren Bestand haben. Große Investitionen sind unwirtschaftlich und nicht zu verantworten. Ein Schlussstrich alleine reicht nicht. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, dass der Kreis den Mitarbeitern des Waldkrankenhauses Dalkingen ohne Lohninbußen neue Arbeitsplätze anbietet. Außerdem möchten wir eine Information über die anfallenden Sachkosten der Auflösung dieser Einrichtung und ein Konzept für die künftige Nutzung des Grundstücks.

KINDERBETREUUNG AN DEN KLINIKEN

Im Vermögensplan des Ostalbklinikums sind Mittel für ein Kinderhaus eingestellt. Wir begrüßen es sehr, dass sich der Ostalbkreis als großer Arbeitgeber um die Kinderbetreuung kümmert. Die Sache kommt allerdings nicht so voran wie ursprünglich geplant. Nachdem es in direkter Sichtweite zum Krankenhaus bereits ein Kinderhaus der AWO gibt, würde eine Doppelstruktur entstehen. Die SPD-Kreistagsfraktion bittet darum, Betreuungsangebote der AWO für das Ostalbklinikum anzunehmen.

Darüber hinaus stellen wir den Antrag zu klären, wie eine Kinderbetreuung an der Stauferklinik organisiert werden kann. Gibt es geeignete kurzfristige Angebote der Gemeinde Mutlangen in vertretbarer Entfernung oder ist es sinnvoll, ein eigenes Kinderhaus einzurichten?

SCHWERPUNKTTHEMA BILDUNG

Bildung ist Schlüssel für die Zukunft aller jungen Menschen. So der Landrat in seiner Haushaltsrede. Wir stimmen dem zu. Wenn dieser Schlüssel aber Geld kostet, können sich ihn nicht mehr alle jungen Menschen bzw. deren Eltern leisten. Der Ostalbkreis trägt mit seinen Berufsschulen, beruflichen Gymnasien und Sonderschulen eine große Verantwortung für die Bildung.

Bildung soll wieder mehr Geld kosten. Mit Vorlage des Haushaltsplans 2010 wird die Erhöhung der Elternbeiträge bei der Schülerbeförderung gefordert. In einem flächenmäßig ausgedehnten Gebiet wie dem des Ostalbkreises ist die Schülerbeförderung eine wichtige Aufgabe und darf die Eltern nicht mehr belasten wie in Großstädten oder Ballungsgebieten. Außerdem halten wir es für fragwürdig, Kosten die das Land verursacht wie z.B. bei den Werk-

realschulen oder nicht ausgleicht wie bei der Deckelung der Schülerbeförderungskosten auf die Eltern zu übertragen. Ein besseres Beispiel ist Bayern. Dort ist die Schülerbeförderung kostenlos. Desweiteren bemängeln wir die Qualität der Schülerbeförderung. Es ist immer mehr festzustellen, dass die Busse über die Grenzen des Zulässigen hinaus mit Schülern vollgestopft werden.

Einem Antrag auf Erhöhung der Elternbeiträge bei den Schülerbeförderungskosten wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Wenn dieser Kreistag massiven Forderungen der Kreisjägervereinigung nachgibt und die Jagdsteuer abschafft, dann kann er es sich auch leisten, für die Bildung der Kinder die Schülerbeförderungskosten nicht zu erhöhen.

Die beruflichen Schulen des Ostalbkreises besuchen im Schuljahr 2009/2010 = 11.934 Schüler. Sie leisten damit einen beachtlichen Bildungsbeitrag. Wir begrüßen die Investitionen in diesem Bereich. Wir stellen allerdings die Frage, ob die Berufsschulen in der Lage sind, die neuen Aufgaben mit dem System der neuen Werkrealschulen räumlich und personell zu schultern. Wir bitten, darüber im Ausschuss für Bildung und Finanzen zu berichten.

KLOSTERBERGSCHULE

Keine Perspektiven zeigt der Haushaltsplan für die Klosterbergschule auf. Unsere Fraktion hat diese Schule besichtigt und wir meinen, dass ein Teilabriss und Neubau unausweichlich ist. Geld ist dafür nicht bereitgestellt. Die Thematik wird auf 2011 verschoben, in ein Jahr, in dem es weitaus schlechter wird als dieses Jahr. Manchmal hat man das Gefühl, wenn man andere Haushaltsstellen anschaut, dass das Prinzip Parkhäuser statt Schulen gilt, stehen für Schwäbisch Gmünd und Ellwangen dafür insgesamt 3,5 Mio. € einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, eine Planungsrate in Höhe von 100.000 € einzustellen und das vom Regierungspräsidium genehmigte Raumprogramm zügig zu planen und umzusetzen.

ARMUT IM OSTALBKREIS

Der etwas verschämt genannte Sozialbericht des Ostalbkreises für ist nun im Kreistag eingebracht und beschäftigt die Fachausschüsse. Wir wollen keinesfalls, dass er in irgendeiner Schublade landet oder vergessen wird. Wie dringend der Blick auf dieses Thema ist zeigt zum Beispiel die Schere, die sich bei den Löhnen öffnet. Nach einer Erhebung der Bertelsmannstiftung wird die Kluft zwischen den Löhnen Vollzeitbeschäftigter mit niedrigem und mit mittlerem Einkommen in Deutschland größer. Wir haben hier den stärksten Rückgang unter den 20 untersuchten OECD-Ländern.

Geringverdiener, Ältere und Jugendliche sowie Zeitarbeiter sind damit die Hauptleidtragenden der Wirtschaftskrise. Wir können nicht in die große Politik und in die Tarifpolitik eingreifen. Wir müssen aber auf jeden Fall in unserem Verantwortungsbereich vermeiden, dass es derartig prekäre Arbeitsverhältnisse gibt. Ich erinnere zum wiederholten Male an die Servicegesellschaften in den Krankenhäusern. Spätestens bei der Grundsicherung im Alter holen uns diese Fehler ein.

Noch einmal zurück zur Bildung, dem Schlüssel für die Zukunft. Der Sozialbericht zeigt einen steigenden Bedarf bei der Förderung von Kleinkindern und Kindern mit Sprachentwicklungsstörungen sowie Kindern mit Migrationshintergrund auf. Diese Fehlentwicklungen führen dazu, dass viele dieser Kinder an unserem Schulsystem scheitern und sind mit der Grund dafür, dass nur 2 % der Ausländerkinder ein Abitur bekommen. Jahrelang zu diskutieren und zuzuwarten wäre fatal. Unsere Fraktion beantragt, ein Konzept zu entwickeln wie Sprachförderung kreisweit und dem Bedarf entsprechend angeboten und umgesetzt werden kann.

Wir bitten darum, die Städte und Gemeinden mit ins Boot zu nehmen. Vor Ort kann oft wirkungsvoll geholfen werden. Das Sozialdezernat sollte prüfen, wie trotz Datenschutz oder anderer Hindernisse besser mit den Gemeinden zusammengearbeitet werden kann. Wir stellen den Antrag, den Sozialbericht in diesem Bereich zu ergänzen und weiter zu entwickeln.

Der Bericht ist sicherlich eine ausgezeichnete soziologische Arbeit, der viele Facetten unserer Gesellschaft beleuchtet. Ob er aber dazu taugt, versteckte oder verschämte Armut wie z.B. die einer älteren Dame, die mit ihrer Rente nicht auskommt, aufzuspüren oder kinderreiche Familien, die Gefahr laufen ihre Wohnung durch eine Zwangsversteigerung zu verlieren, Hilfestellung ist, wage ich zu bezweifeln. Hier haben die Praktiker und Fachleute vor Ort noch viel Arbeit vor sich.

Bei der Gesamtbetrachtung des Sozialberichts gibt es auch erfreuliche Aspekte. In vielen Bereichen ist der Ostalbkreis vorbildlich. Z.B. bei der Arbeit mit Behinderten, auch das darf einmal gesagt werden. Dieser Bericht schärft den Blick auf die sozialen Aufgaben des Ostalbkreises. Er zeigt uns, dass eine reiche Gesellschaft mit den Schwächeren teilen muss.

PERSONALHAUSHALT

Der Personalhaushalt ist sehr knapp kalkuliert. Wenn der Landrat selbst schon feststellt - ich zitiere „Das Zumutbare ist allerdings erreicht. Mit weniger Personal immer mehr Leistung, dies ist auf Dauer ein untragbarer Zustand.“ - Zitat Ende – dürfen wir als politisch Verant-

wortliche den Gürtel nicht noch enger schnallen. Von Seiten des Personalrates haben die Fraktionen eine Stellungnahme zum Haushalt für das Jahr 2010 erhalten. Wir schließen uns vollinhaltlich dieser Stellungnahme an und lehnen jeglichen Stellenabbau über eine pauschale Kürzung von 650.000 € hinaus ab.

STRASSENBAU

Der von der CDU-Kreistagsfraktion beantragte Betrag von zusätzlich 2 Mio. € zur Belagserneuerung wurde über mehrere Jahre im Haushalt eingestellt. Erfolge sind sichtbar. Wir haben dieses Straßenbauprogramm damals mitgetragen. Angesichts der künftigen schwierigen Finanzlage ist es zu verantworten, dass 1 Mio. € eingespart werden. Die SPD wird diesen Einsparvorschlag des Landrats mittragen. Aber bitte nicht bei den Radwegen!

Das Land wird von uns aufgefordert, seine Hausaufgaben besser zu machen. Und beim Bund besteht Handlungsbedarf bei der B 29 im Bereich Mögglingen und Essingen (Neubau) sowie Pflaumloch, Trochtelfingen und Böbingen (Bereich Planung). Wenn beim Straßenbau in der Vergangenheit etwas nicht richtig geklappt hat war ja immer der Bundesverkehrsminister schuldig. Wir haben jetzt einen neuen Verkehrsminister. Und diesen neuen Verkehrsminister Ramsauer sollten wir auf die Defizite im Bereich der B 29 massiv und eindringlich aufmerksam machen. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt deshalb, dass eine größere Delegation aus dem Ostalbkreis, bestehend aus den Abgeordneten, dem Landrat, den betreffenden Bürgermeistern und Vertretern der Kreistagsfraktionen gleich jetzt zu Beginn der Amtszeit des neuen Verkehrsministers nach Berlin reist und nachdrücklich den Ausbau der B 29 fordert.

GOA

Zentrale Aussage im Haushaltsplan 2010 ist, dass im Bereich der Abfallwirtschaft keine Gebührenerhöhung geplant ist. Unsere GOA ist eine Gesellschaft, die sehr erfolgreich agiert. Dafür loben wir alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Beim genauen Hinsehen erkennt man für 2007 und 2008 eine sehr hohe Eigenkapitalrendite um die 40 %, die Umsatzrendite liegt bei über 10 %, mit einem Gewinn wird in Höhe von 2,5 Mio. € gerechnet. Wir meinen, dass im Bereich der Abfallbeseitigung die Parole nicht „keine Gebührenerhöhung“ sondern „Gebührensenkung“ lauten müsste.

KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

Wir bleiben bei diesem Thema dran. Die SPD-Kreistagsfraktion hat schon vor Jahren gefordert, den Ostalbkreis einer 100%-Region zu machen. Das ist sehr utopisch. Schritt für Schritt sollten wir uns diesem Ziel nähern. Wir fragen nach, wie es um die Neubestellung

eines Energiemanagers steht und wie weit der Plan entwickelt ist, das Energiekompetenzzentrum Böbingen mit seiner Beratungskapazität auf den ganzen Kreis auszuweiten.

In Sachen Energie besorgt uns eine Entwicklung. Der Strompreis an den Strommärkten sinkt infolge der Konjunkturkrise. Die daraus resultierenden Einnahmehausfälle versucht unser Stromversorger durch Preiserhöhungen bei den normalen Stromkunden, aktuell die EnBW mit 7,5 %, wieder wett zu machen. Das ist ein sehr ungebührliches Verhalten, wenn man Kundentreue mit Preiserhöhungen bestraft. Wir stellen auch vermehrt fest, dass die Konzessionsverträge mit den Städten und Gemeinden ausgehöhlt werden, indem immer mehr Kunden Sondertarife, die nicht bei der Konzessionsabgabe wirksam sind, angeboten werden. Herr Landrat, Sie sollten in dieser Sache, nachdem ja beim Jubiläum der ODR sehr viel Lob über Ihre Lippen kam, einmal ein ernstes Wörtchen mit unserem Regionalversorger reden.

LÄNDLICHER RAUM

Ich möchte für meine Fraktion noch eine Reihe von Themen zusammenfassen, die alle mit dem ländlichen Raum zusammenhängen und uns im Kreistag beschäftigt haben. Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel, in allen Gemeinden und Teilorten ein schnelles Internet anzubieten, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern und der Landwirtschaft die Möglichkeiten zu geben, ein zweites Standbein aufzubauen. Z.B. mit der Energiegewinnung, Selbstvermarktung oder ähnlichem. Wir brauchen die landwirtschaftlichen Betriebe und wir würdigen ausdrücklich die wichtige Arbeit der Flurneuordnung.

DANK

Lieber Herr Hubel, meine Fraktion hat Ihnen für die Einbringung Ihres letzten Haushaltsplans mit standing ovations für Ihre Arbeit in den letzten 13 Jahren gedankt. Obwohl wir immer mal wieder den Gegenpart spielten, möchten wir Ihnen versichern, dass wir immer das Gefühl hatten, unsere Finanzen des Ostalbkreises sind bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern in guten, verantwortungsbewussten und sparsamen Händen. Danke für Ihre engagierte Arbeit.

Herrn Kurz wünschen wir ein herzliches Glückauf für die interessante und anspruchsvolle neue Aufgabe.

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen der großen Linie des Haushaltsplans 2010 insbesondere der vorgesehenen Gestaltung der Kreisumlage zu und hoffen, dass unsere Fragen und Anträge im Rahmen der Vorberatungen positiv beantwortet werden.

Vielen Dank!